



LR Achleitner: 6-Punkte-Forderungs-Programm an Bund zur Abfederung der Auswirkungen des Krieges in der Ukraine

OÖ. Wirtschafts- und Energie-Landesrat Markus Achleitner: „Jetzt ist Tempo beim Bund gefordert: Aussetzung der Elektrizitäts- und Erdgas-Abgabe, Übernahme der Gasbevorratung, Biogas-Forcierung, Förderverordnungen für erneuerbare Energien, Sofortmaßnahmenplan für potentiellen Ausfall der Öl- und Gaslieferungen & Liquiditätshilfe für Betriebe, die in der Ukraine aktiv sind“

„Der Angriff Russlands auf die Ukraine bringt unsagbar großes menschliches Leid für die Menschen vor Ort, hat aber auch schmerzhaft Auswirkungen auf die Bevölkerung und die Betriebe in Österreich. Experten prognostizieren je nach der weiteren Ausweitung der Sanktionen gegenüber Russland einen vielfältigen Schaden für die österreichische Wirtschaft. Gleichzeitig werden sich Inflation und Energiepreise weiter massiv erhöhen. Im Jahresschnitt werden 2022 seitens der Experten ohne Maßnahmen fünf Prozent Inflation befürchtet. Daher hat Oberösterreich ein 6-Punkte-Forderungsprogramm an den Bund erarbeitet, wodurch die Auswirkungen des Krieges auf die Menschen und Wirtschaft in Österreich bestmöglich abgefedert werden sollen“, betont Wirtschafts- und Energie-Landesrat Markus Achleitner. „Jetzt ist Tempo gefordert, der Bund muss hier rasch handeln“, stellt die Landesrat Achleitner klar.

Das 6-Punkte-Forderungsprogramm an den Bund:

1. Die steigenden Energiekosten setzen Haushalte und Betriebe massiv unter Druck. Eine Abhilfe könnte hier – zusätzlich zu den bereits angekündigten

Bundesunterstützungen - ein Aussetzen der Elektrizitäts- und Erdgas-Abgabe bis auf das EU-Mindestmaß bringen: Damit könnten sich Haushalte und Unternehmen, von Klein- bis Großbetrieben, pro Jahr rund 900 Mio. Euro ersparen. *„Die explodierenden Energiekosten belasten nicht nur Haushalte, sondern gefährden auch die Wettbewerbsfähigkeit insbesondere der energieintensiven Unternehmen. Daher sollte der Bund zumindest befristet auf ein Jahr die Elektrizitäts- und Erdgas-Abgabe bis auf das EU-Mindestmaß aussetzen – das wäre eine wirksame Soforthilfe für alle Betroffenen“*, fordert Landesrat Achleitner.

2. Laut Auskunft des Energieministeriums sollte Österreich trotz niedriger Lagerstände jetzt noch durch den bereits zu Ende gehenden Winter kommen. Bis zum kommenden Winter müssen die Gasspeicher aber aufgefüllt sein, um die Versorgungssituation abzusichern und zu entspannen. Daher muss die Gas-Bevorratung, die derzeit den Energieversorgungsunternehmen überantwortet ist, vom Bund übernommen werden. *„Die strategische Gas-Reserve muss in der Verantwortung des Bundes liegen – auf Ebene der Energieversorgungsunternehmen wäre dies aufgrund der Diskrepanz von aktuellen Marktpreisen und den Prognosewerten 2023 nicht zu stemmen. Österreich solle sich dabei ein Beispiel an Deutschland nehmen, das bereits dabei ist, um 1,5 Mrd. Euro Gas einzukaufen. Denn leere Gasspeicher sorgen für ungeheizte Haushalte im Winter und für Stillstand in der Industrie und damit Jobverluste. Das muss unbedingt verhindert werden“*, so Landesrat Achleitner.
3. *„Österreich muss sich aber auch für einen möglichen Stopp der Gaslieferungen aus Russland wappnen. Dazu braucht es einen kurzfristig umsetzbaren Maßnahmenplan des Bundes, mit dem die Gasversorgung in einem solchen worst-case-Szenario sichergestellt bzw. gelenkt werden kann“*, fordert Landesrat Achleitner vom Bund einen rasch wirksamen Energie-Lenkungsplan für den Fall eines Ausfalls der russischen Gaslieferungen.
4. Tempo fordert Wirtschafts- und Energie-Landesrat Achleitner vom Bund aber auch bei der Umsetzung des Erneuerbaren-Ausbau-Gesetzes: Vor allem die Investitionszuschuss-Verordnung soll so rasch als möglich erlassen werden, um die Förderung der Errichtung erneuerbarer Energieanlagen auf Schiene zu bringen:

„Wir müssen auch unsere Unabhängigkeit von ausländischen Energien vorantreiben. Dazu brauchen wir den Ausbau erneuerbarer Energien in Österreich – mit entsprechender Förderung des Bundes, um die Errichtung von erneuerbaren Energieanlagen entsprechend zu beschleunigen“, erklärt Landesrat Achleitner.

5. Eine wichtige Alternative zum fossilen Gas aus Russland wird für Österreich der massive Ausbau der Erzeugung von Biogas sein: *„Wenn wir unsere Abhängigkeit vom russischen Gas verringern wollen, dann ist heimisches Biogas ein wichtiger Schlüssel dazu. Auch hier ist der Bund gefordert, den Ausbau von Biogasanlagen voranzutreiben. Dazu bedarf es insbesondere einer Beschleunigung der Verfahren, entsprechender Investitionsförderungen sowie zu einer Verpflichtung zur Beimischung von Biogas“,* hebt Landesrat Achleitner hervor.

6. Österreichische Unternehmen haben in Russland 650 und in der Ukraine 200 Niederlassungen. Viele dieser Filialen mussten ihren Betrieb bzw. ihre Produktion in den vergangenen Tagen komplett einstellen bzw. sind durch die Sanktionen massiv in ihrer Geschäftstätigkeit eingeschränkt. Für diese Betriebe braucht es Haftungen des Bundes, um deren Liquidität sicherzustellen. *„Hier müssen ähnliche Haftungen wie in der Corona-Krise angeboten werden. Konkret sollen Überbrückungskredite zu 80 % vom aws besichert werden“,* fordert Landesrat Achleitner.

„Der grausame Angriffskrieg Russland braucht eine entsprechend deutliche Antwort durch wirksame Sanktionen, auch wenn darunter die Wirtschaft und die Menschen bei uns ebenfalls leiden. Daher stehen wir ganz klar zu diesen Sanktionen, ebenso wie zur Hilfe für die Menschen in der Ukraine und für Geflüchtete aus der Ukraine. Gleichzeitig müssen wir aber auch die Auswirkungen des Krieges und der Sanktionen auf die Menschen und Betriebe bei uns abfedern. Daher haben wir dieses 6-Punkte-Programm an den Bund erstellt. Der Bund muss rasch handeln, um die Energieversorgung für die Haushalte und die Wirtschaft in Österreich sicherzustellen und heimischen Betrieben, die von den Sanktionen unmittelbar betroffen sind, wirksam zur Seite zu stehen“, bekräftigt Wirtschafts- und Energie-Landesrat Markus Achleitner.